



## Grundrechtskolloquium 2016: Medienpluralität und Demokratie

### *Abwendung von Fakten hin zur Emotion, Filter-Blasen und digitale Anonymität als Gefahren für eine pluralistische Medienlandschaft*

Am 17./18.11.2016 veranstaltete die Europäische Kommission zum zweiten Mal ein Grundrechtskolloquium, welches sich in diesem Jahr mit dem Thema „Medienpluralität und Demokratie“ beschäftigte. In interaktiven Diskussionsrunden debattierten Experten der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten, Journalisten, Wissenschaftler, NGO's sowie Vertreter von Unternehmen und internationalen Organisationen unter dem Vorsitz der Kommissare Frans Timmermans, Věra



Jourovà und Günther Oettinger über die Schlüsselrolle demokratischer Gesellschaften in einer freien und pluralistischen Medienlandschaft insbesondere im Bereich der digitalen Medien. In Arbeitsgruppen wurden Themen wie die Unabhängigkeit der Medien von finanziellem und politischem Druck, Medienkompetenz, Medienethik, Schutz von Whistleblowern und der Umgang mit Hassreden vertieft.

Frans Timmermans betonte einleitend, dass Medienpluralismus und freie Medien essentiell für die Wahrung der Demokratie seien. In Anbetracht des hohen Informationsbedürfnisses der Bevölkerung und der zunehmenden Verbreitung von Falschinformationen sei eine Diskussion über die aktuelle Situation der Medien unverzichtbar. Er verwies auf den Wandel zu emotionsorientierten Medieninteraktionen, die zu einer Anzweiflung und Abwendung von Fakten führe. Als besonders gefährlich erachtete er die Entwicklung in Richtung absoluter Standpunkte, deren Vertreter mit Hass anstelle von Toleranz und Akzeptanz reagierten. Er betonte, dass die Europäische Union bereit sei, die Medien beim Widerstand gegen den wachsenden Druck zu unterstützen.

Ziel des Grundrechtskolloquiums sei es daher auch, Netzwerke zu schaffen, die künftig eine gemeinsame Adressierung der genannten Probleme ermöglichen.

Michael Ignatieff, Präsident und Rektor der Central European University in Budapest, ging auf die Gefahren durch digitale Technologien ein. Die Weiterentwicklung der digitalen Medien führe zu einer Entmachtung der bisherigen Eliten zugunsten der „einfachen Leute“. Der öffentliche Ort eines pluralistischen Meinungs-austauschs mit unabhängigen Medieninstitutionen gerate derzeit in einigen Staaten in Gefahr. Insbesondere in Polen und Ungarn würden Medien zunehmend von regierenden Parteien vereinnahmt mit direkten Auswirkungen auf eine freie unabhängige Berichterstattung. Auch in anderen Mitgliedstaaten seien die Anfänge solcher Entwicklungen erkennbar. Die Europäische Union habe sich bislang unfähig gezeigt, dies zu stoppen. Diese Unfähigkeit führe zu einem schwindenden Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union. Eine weitere Gefahr für die Demokratie erwachse aus dem Entstehen von „Filter-Blasen“ innerhalb sozialer Netzwerke, die durch Algorithmen den Nutzer nur noch mit übereinstimmenden Meinungen anstelle eines multidimensionalen Meinungsbilds konfrontierten. Zudem trage digitale Anonymität zur Enthemmung der im Internet agierenden Personen bei. Dies führe zu einer Bedrohung der pluralistischen Gesellschaft nicht nur in Europa, sondern in der gesamten Welt. Aus diesen Gründen müsse eine pluralistische Meinungsbildung auch in den Universitäten stärker gefördert werden.

Věra Jourovà verwies in ihrer Rede auf die vier Hauptgefahren für den Journalismus: der finanzielle Druck auf alteingesessenen Printmedien, der politische Druck, die Unterminierung der Unabhängigkeit der Medien sowie die Selbstzensur als Reaktion auf physische und psychische Gewalt. Die momentane Zeit bezeichnete sie als „Epoche des Postfaktischen“, die sich als höchst gefährlich für Medien und Demokratie erweise. Es herrsche eine Kultur, in der

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Emotionen mehr Macht hätten als klare Fakten. Hassreden im Internet stellten eine Bedrohung für Journalisten dar. Die Europäische Union habe die Pflicht, auf diese Entwicklungen zu reagieren und die Medien sowie die einzelnen Journalisten und hierdurch die Demokratie zu schützen. Qualitätsjournalismus sei ein öffentliches Gut. Auch aus diesem Grund müssten Journalisten, die im Internet Opfer von digitalem Missbrauch werden, unterstützt werden. Schutzbedürftig seien nicht nur Journalisten selbst, sondern auch Whistleblower und sonstigen Quellen der investigativen Journalisten. Kritisch bewertete



die Kommissarin ebenfalls den „Filter-Blasen-Effekt“. Durch diesen würden die Nutzer polarisiert und zum Teil mit Falschinformationen oder so einseitigen Informationen versorgt, dass eine mehrdimensionale Betrachtung kaum mehr möglich sei. Sie legte Wert darauf festzuhalten, dass die freien Medien und Medienpluralität nicht als gegeben angesehen werden sollten, sondern einer aktiven Bewahrung bedürften.

Kommissar Günther Oettinger bemängelte, dass die Europäische Union vor dem Beitritt neuer Staaten hohe Ansprüche an die Medienfreiheit stelle, ihr danach allerdings keine realistischen Handlungsmöglichkeiten

mehr verblieben, die Wahrung dieser hohen Standards innerhalb der Mitgliedstaaten zu kontrollieren beziehungsweise im Notfall auch durchzusetzen. Auch er sah die Gefahr der digitalen Spaltung der Gesellschaft durch Algorithmen der sozialen Netzwerke. Die Möglichkeit der objektiven Meinungsbildung sei vor solchen Einflüssen zu schützen.

Die Ergebnisse der Beratungen einschließlich der in den Arbeitsgruppen entwickelten Positionen werden – wie auch schon im Kolloquium 2015 – den Willensbildungsprozess der Kommission bei künftigen Maßnahmen legislativer oder nicht-legislativer Art mitprägen.

---

Weitere Informationen:

Internetseite des Grundrechtskolloquiums  
[http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item\\_id=31198](http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=31198)

Programm  
[http://ec.europa.eu/newsroom/just/document.cfm?action=display&doc\\_id=17850](http://ec.europa.eu/newsroom/just/document.cfm?action=display&doc_id=17850)

Aufzeichnung Livestream  
<https://livestream.com/accounts/1928287/event/s/6615139/player>

Kurzstellungnahmen  
<https://www.youtube.com/watch?v=7ph8orY9Mb4>

Twitter und Bildnachweis  
<https://twitter.com/search?q=media4democracy&src=typd>

[https://twitter.com/EU\\_Justice](https://twitter.com/EU_Justice)